

Pädagogik der Aufklärung statt Disziplinierung der Unterprivilegierten – Bielefelder Erklärung (2008)

Aufgabenstellung:

1. Diskutieren Sie die zentralen Aussagen der Erklärung! Wie stehen Sie zu den zitierten Aussagen Kants?
2. Formulieren Sie maximal drei Thesen, die die Meinung Ihrer Bezugsgruppe zur Bielefelder Erklärung wiedergeben, und senden Sie mir diese per Email in den nächsten sieben Tagen zu!

„Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines Anderen zu bedienen“, schreibt Immanuel Kant in seiner berühmt gewordenen Antwort auf die Frage, was denn Aufklärung sei, 1784 in der berlinischen Monatsschrift. Diese Mündigkeit muss erlernt werden, Kinder müssen „Denken lernen“, wie der Königsberger Philosoph an anderer Stelle schreibt. Zweieinhalb Jahrhunderte nach Kants Überlegungen sollte es eigentlich Konsens sein, dass dieses „Denken lernen“ nicht nur Voraussetzung für die Weiterentwicklung und die Förderung demokratischer Zusammenleben ist, sondern dass ein solches „Denken lernen“ selbst als *demokratischer Zusammenhang* organisiert und erfahren werden muss. Daher braucht es der *öffentlichen Bereitstellung* entsprechender Erfahrungs- und Erkenntnisräume, in denen sich Kinder und Jugendliche in Bezug zur Welt und zu sich selbst ausstatten können. Die Ermöglichung von Mündigkeit ist also eine (sozial-) politische und zugleich eine (sozial)pädagogische Aufgabe. Sozial- und Bildungspolitik kommt die Aufgabe zu, eine entsprechende *soziale Infrastruktur* bereit zu halten. Aufgabe der (Sozial-) Pädagogik ist es, Kinder und Jugendliche zu befähigen, diese Infrastruktur als Erfahrungs- und Erkenntnisräume auszugestalten. Das macht oft auch eine Auseinandersetzung mit anderen gesellschaftlichen Interessensgruppen nötig – beispielsweise mit Nachbarschaften, die die Einrichtung einer sozialpädagogischen Wohngruppe ablehnen oder Kommunalpolitikern, die ein aufsuchendes Angebot für heroinabhängige junge Frauen und Männer nicht in „ihrer Stadt“ haben wollen. Aufgabe der (Sozial-) Pädagogik ist es eben auch, zu skandalisieren, wenn Erkenntnis- und Erfahrungsräume für die nachwachsende Generation nicht oder nur unzureichend bereitgestellt werden. Dies ist zunehmend der Fall.

Zur kritischen und deutlichen politischen Positionierung sehen sich die UnterzeichnerInnen dieser Erklärung aktuell vor allem angesichts der Diskussionen um „Jugendgewalt“, dem Ruf nach einer Verschärfung des Jugendstrafrechts und der Begeisterung für „Erziehungscamps“ verpflichtet. Zehntausende von bundesdeutschen Familien in benachteiligten Lebenslagen werden durch sozialpädagogische Maßnahmen, wie Familienhilfe, Erziehungsberatung oder Jugendarbeit unterstützt. Diese Angebote der Kinder- und Jugendhilfe pauschal als „Kuschelpädagogik“ zu diffamieren und bestimmte Gruppen von Kindern und Jugendlichen als potenziell gewalttätig sowie deren Familien als erziehungsunfähig zu diskreditieren und zu stigmatisieren, ist ein Skandal.

Im Anschluss an die Entdeckung einer „neuen Unterschicht“, der ein „unzivilisiertes“ Verhalten, ein Leben in einer „Parallelgesellschaft“ zur bürgerlichen Mehrheitsgesellschaft unterstellt wird, wird die Figur des jungen männlichen Gewalttäters mit Migrationserfahrung konstruiert. Diese seien, so (neo-) konservative Denker und „konfrontative Pädagogen“¹, zunehmend „verroht“ und stellten daher eine wachsende Gefahr für „die Gesellschaft“ dar. Abschieben heißt dann die politische Parole oder doch zumindest Wegsperrern in geschlossene Erziehungseinrichtungen.

Diese öffentlich immer radikaler vorgetragenen Forderungen nach Disziplinierung und Ausgrenzung insbesondere unterprivilegierter Kinder und Jugendlicher fällt aber letztlich auf die Gesellschaft selbst zurück. Denn die (neo-) liberale² Gesellschaft zeigt dadurch ihr wahres Gesicht: Sie propagiert nicht nur das Modell einer Marktgemeinschaft scheinbar „freier Konsumenten“, sondern bekennt sich zu einer wieder erstarkten Klassengesellschaft. Es ist ein Skandal, dass wir soziale Spaltungen entlang von Klassen-, Migrations-, Alters- und Geschlechtergrenzen zu akzeptieren beginnen. Letztlich decken die Reden und pauschalen Urteile über eine „neue Unterschicht“, die scheinbar „erziehungsunfähig“ sei und ihre Kinder vernachlässige, und eine scheinbar verrohten Gruppe von Jugendlichen, viel mehr über die Sprechenden als über die Besprochenen auf.

Die Übereinkunft, soziale Rahmenbedingungen bis zu einem gewissen Grad öffentlich zu gewährleisten und Notlagen abzusichern, wird seit Jahren immer brüchiger. Stattdessen wird den Einzelnen zunehmend die Verantwortung für ihre strukturell bedingte, oft prekäre Situation zugeschrieben – unabhängig von den extrem ungleich verteilten Ausgangsbedingungen.

Vor diesem Hintergrund ist zu konstatieren, dass es gegenwärtig um nicht weniger als die Frage der Neugestaltung des Sozialen geht: Wie sollen soziale Zusammenhänge in Zukunft gestaltet und reguliert werden? Ausgangspunkt öffentlicher Diskussionen muss die Tatsache sein, dass sich gerade Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen durch eine in den letzten 25 Jahren stetig zugenommene Prekarisierung³ auszeichnen. Diesem Phänomen nun mit Disziplinierungsmaßnahmen begegnen zu wollen, ist zynisch. Denn dann wird das Ziel sozialpolitischer Programme und Interventionen von der Bekämpfung der Prekarisierung auf die Vermeidung bestimmter als „unzivilisiert“ skandalisierter Verhaltensweisen reduziert.

In den aktuellen Diskussionen geht es somit um die prinzipielle Alternative: Zunehmende Disziplinierung unterprivilegierter Kinder und Jugendlicher oder das Streiten für die Ermöglichung einer Pädagogik der Aufklärung. Kinder und Jugendliche müssen im Sinne einer solchen Pädagogik als mündige Personen in einem demokratischen Zusammenhang verstanden werden. Politisch ist daher für eine generelle Verfügbarkeit entsprechender Erfahrungs- und Erkenntnisräume zur Bildung und Teilhabe zu kämpfen statt Programme einer zunehmenden Disziplinierung bestimmter Kinder und Jugendlicher zu bedienen und ihnen das Wort zu reden. Pädagogik und Politik müssen sich entscheiden. Denn auch das wusste Kant bereits: „Der Mensch kann entweder bloß dressiert, abgerichtet, mechanisch unterwiesen oder wirklich aufgeklärt werden.“

¹ Begriffserläuterung *konfrontative Pädagogik*: Ansatz, Menschen mit ihrem Verhalten (z. B. Regelverstöße, Straftaten) und dessen Folgen (z. B. Verletzungen, Schäden) und/oder mit gesellschaftlichen Erwartungen (z. B. eine Arbeit aufzunehmen, statt von Arbeitslosengeld/ALG II zu leben und der Gesellschaft „auf der Tasche zu liegen“) und/oder mit konkreten Verhaltensanweisungen „scharf“ (direkt, fordernd, kontrollierend, konfliktstark, ggfs. auch mit Strafandrohung bei Nichtbefolgen) zu konfrontieren (PUW)

² Begriffserläuterung *Neoliberalismus*: die (derzeit [noch?]) vorherrschende wirtschaftspolitische (ökonomische) Lehre, wonach (im Kern) sich der Staat aus der Wirtschaft herauszuhalten hat; Aufgabe des Staats soll es vor allem sein, durch Gesetze Bedingungen zu schaffen, die einen optimalen Wettbewerb auf dem Markt ermöglichen und die Grenzen hierfür auf ein Minimum beschränkt; Wettbewerbshemmnisse (z. B. Kündigungsschutz) sollen abgebaut und (bislang) staatliche Leistungen (z. B. Abfallwirtschaft) möglichst umfassend an private Unternehmen übertragen (privatisiert) werden (PUW)

³ Begriffserläuterung *Prekariat*: neue soziale Gruppe in ungesicherten Arbeitsverhältnissen beschäftigter und von Arbeitslosigkeit stets bedrohter Menschen; *Prekarisierung*: Prozess, immer mehr Menschen in den „Zustand“ des Prekariats zu drängen (PUW)